

I. Erläutern Sie knapp, aber präzise, die unionsrechtliche Substanz und Bedeutung folgender Begriffe:

- A. Grundfreiheit
- B. Europäisches Semester

II.

Die Union versteht sich als Rechtsgemeinschaft. Dies impliziert – neben anderen Elementen – auch das Bestehen eines entsprechenden Grundrechtsschutzes in Bezug auf die Handlungen der Union bzw ihrer Organe. Stellen Sie dar, wie sich der Grundrechtsschutz im Laufe der Integration entwickelt hat bzw woraus sich seine Notwendigkeit ergab. Welche Rolle spielte dabei der EuGH? Welche Grundrechtsquellen bestehen denn derzeit in der Union? Wer sind die Adressaten der aus den Unionsgrundrechten resultierenden Verpflichtungen, und wer sind die Berechtigten? Wie können Eingriffe in Unionsgrundrechte aussehen und können solche allenfalls gerechtfertigt werden – und wenn ja, wie? Welche Rolle spielt denn aktuell (und möglicherweise in der Zukunft) die EMRK beim Grundrechtsschutz im Rahmen der Union?

Anm:

- *Gefragt ist eine eigenständig formulierte, systematische Behandlung der Fragestellung(en). Beziehen Sie sich dabei auf die einschlägigen Normen des Primär- und/oder Sekundärrechts, aber vermeiden Sie die – keine „Antwort“ darstellende - bloße Wiedergabe von Vertragstext!!*
- *Gegenstand der Fragestellung sind die „allgemeinen“ Grundrechtslehren; dh, dass **keine Erörterung einzelner konkreter Grundrechte** gefordert ist!*

III.

Das im MS A ansässige und nach dortigem Recht errichtete Unternehmen „WIE NEU“ meldet bei der zuständigen Behörde dieses MS die Ausübung des Gewerbes „Wartung und Pflege von Kraftfahrzeugen“ an. Die Anmeldung wird von der Behörde mit der Begründung verweigert, dass das Unternehmen einen Geschäftsführer bestellt habe, der in einem anderen als dem MS A wohne. Die entsprechenden Rechtsvorschriften dieses MS würden nämlich verlangen, dass der Geschäftsführer den für die Ausübung des Gewerbes vorgeschriebenen persönlichen Voraussetzungen entsprechen, seinen Wohnsitz im Inland haben und in der Lage sein müsse, sich im Betrieb entsprechend zu betätigen. Das Unternehmen bekämpft die Entscheidung der Behörde vor Gericht (vor welchem?).

Wie beurteilen Sie die Unionsrechtskonformität der Entscheidung der Behörde von A?